

DIE LINKE im Kreistag Pinneberg · Friedenstr. 2 · 25335 Elmshorn

KJR Pinneberg e.V.
Düsterlohe 5
25355 Barmstedt

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Unser Zeichen:
Unsere Nachricht:

Ansprechpartner: René König/ Karin Kunkel
E-Mail: rene.koenig@linke-pinneberg.de
Telefon: 0151 544 14 638

Datum: 26.04.2023

Jugendpolitische Forderungen des Kreisjugendring Pinneberg e.V. zur Kommunalwahl 2023 – Antwort der Kreisfraktion DIE LINKE.

Liebes Vorstands- und KJR-Team,

Habt vielen Dank für die Übersendung der jugendpolitischen Forderungen zur Kommunalwahl 2023. Grundsätzlich „rennt“ ihr bei uns mit diesen Forderungen „offene Türen“ ein.

Die Armut von Kindern und Jugendlichen verharrt seit Jahren auf einem hohen Niveau. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus zusammen. Die Corona Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen haben diese Fehlentwicklungen noch sichtbarer und für die betroffenen Kinder und Jugendlichen noch fühlbarer gemacht.

Wesentliche Voraussetzung, Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, allen Kindern und Jugendlichen eine Perspektive zu eröffnen und ihnen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewähren, ist eine gute soziale Infrastruktur und eine starke Kinder- und Jugendhilfe.

1. Inklusion:

➤ Wir fordern, dass inklusive Angebote und Austauschmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche geschaffen und über soziale Netzwerke regelmäßig bekannt gemacht werden (Instagram-Posts, eigene

Homepage oder transparente Erweiterung des Hilfeportals Kreis Pinneberg -HIP etc.) – unter Beteiligung von betroffenen Kindern und Jugendlichen.

➤ Wir fordern Barrierefreiheit in allen Bereichen (Zugänge, Mobilität, Sprache, Mediengestaltung, Bildung einschl. Ausbildung). Betroffene Kinder und Jugendliche sind bei der Planung und Umsetzung zu beteiligen.

Der ersten Forderung, inklusive Angebote und Austauschmöglichkeiten zu schaffen und entsprechend über soziale Netzwerke bekannt zu machen, ist unumwunden zuzustimmen und umzusetzen. Der KJR muss diesbezüglich unbedingt mit konkreten Vorschlägen zur Umsetzung auf die Kreispolitik zukommen und der Politik klarmachen, dass diese Dinge unverzüglich umzusetzen sind. Inklusion ist uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ist die Pflichtaufgabe der Politik sowie der Gesellschaft.

Da Teilhabe durch Barrieren unmöglich beziehungsweise erschwert wird, müssen diese zwingend abgebaut werden. Wer kann diese besser beschreiben und darauf aufmerksam machen als die betroffenen Kinder und Jugendliche? Daher sind diese zwingend bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit zu beteiligen. Politik und Verwaltung müssen hierbei den Rahmen bereitstellen, um einen erfolgreichen Austausch sowie konkrete Lösungsoptionen zu ermöglichen.

2. Integration:

➤ Wir fordern, dass alle Kinder und Jugendlichen regelmäßig an altersgerechten Angeboten im Kreis Pinneberg teilnehmen können. Finanzielle Hürden werden niedrigschwellig, flexibel und unbürokratisch behoben (Teilhabegutschein vereinfachen und entbürokratisieren).

➤ Sprachbarrieren sollen kurzfristig wahrgenommen und flexibel überwunden werden. Kinder und Jugendliche werden befragt und in Lösungen einbezogen.

Integration von allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig von Herkunft, Sprachkompetenz, Religion und finanzieller Ausstattung durch das Elternhaus ist genauso wichtig wie Inklusion. Beides muss zusammen gedacht werden. Gerne würden wir eure Ideen zur Vereinfachung und Entbürokratisierung hören und in politisches Handeln umsetzen. Grundsätzlich darf die Teilnahme an altersgerechten Angeboten nicht am Geld scheitern. Es ist anzustreben, die Beantragung so bürokratiearm wie möglich zu machen, um hier keine Hürden entstehen zu lassen.

3. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen:

➤ Wir fordern, dass der § 47f der Gemeinde- und Kreisordnung beachtet und angewandt wird und die Verfahren überprüfbar sind. Kinder und Jugendliche müssen angemessen beteiligt werden - pragmatische und angemessene Beteiligungsformate sind von Fachleuten der Jugendarbeit zu

erarbeiten. Beschlüsse des Kreistages sowie der Gemeinde- und Stadtvertretungen sollen mit folgendem Zusatz versehen werden: Kinder und Jugendliche wurden beteiligt.

➤ Wir fordern, dass alle Städte und Gemeinden im Kreis Pinneberg an das Glasfasernetz angebunden werden und alle Jugendeinrichtungen sowie alle Schulen mit kostenfreiem WLAN ausgestattet werden.

➤ Wir fordern, dass ehrenamtlich aktive junge Menschen bis 27 Jahren mehr Anerkennung und Unterstützung im Alltag erhalten, um ihre Aktivitäten auszuüben. Zum Beispiel einen monatlichen Zuschuss von mind. 20€ auf das neue 49€ Ticket oder/und freie Fahrt für JUEICA – Inhaber mit der KVIP im Kreis Pinneberg (Umweltfreundlich zum Ehrenamt).

Es wird Zeit, endlich einen Kreisjugendbeirat zu etablieren. Ob nun betreut durch den KJR oder durch eine in der Kreisverwaltung angesiedelte Stelle, ist aus unserer Sicht erst mal zweitrangig. Genauso wie auch Gleichstellung und Schwerbehindertenvertretung bei der Formulierung von Beschlüssen und Maßnahmen durch Kreisverwaltung/der Politik beteiligt werden, sollte dies auch in geeigneter Form bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, ermöglicht werden.

Das es immer noch die Forderung nach Glasfaseranschluss und kostenfreies WLAN in allen Jugendeinrichtungen sowie alle Schulen braucht, ist aus unserer Sicht beschämend. Natürlich wurde schon viel unternommen, aber zu schleppend, zu bürokratisch und mit zu wenig politischen Willen. Hier muss unbedingt nachgebessert werden. Dies fordern wir schon sehr lange. Der Zugang zum Internet sowie der Erwerb von digitalen Kompetenzen muss für alle Kinder und Jugendlichen gesichert sein. Das Risiko, digital abgehängt zu werden, besteht besonders für Kinder und Jugendlichen aus einkommensschwachen Haushalten.

Hätte sich die Bundesregierung auf einen kostenlosen ÖPNV einigen können, finanziert aus Übergewinnsteuer und Verzicht auf Aufrüstung, würde sich diese Forderung von selbst erfüllen. Die Realität ist eine andere. Mindestens sollte die Politik entscheiden, einen Rabatt auf das 49 € Ticket zu ermöglichen. Ihr habt auch unsere Unterstützung für die Übernahme der kompletten Kosten für Inhaber der JUEICA Card. Die Gesellschaft sollte es anerkennen, wenn Jugendliche im Rahmen des Ehrenamtes ihre Zeit aufwenden, um wiederum etwas für die Gesellschaft zu tun.

4. Gesellschaftliche Vielfalt (Diversität):

➤ Wir fordern die Schaffung von Räumen und Beratungsstellen für die Geschlechtervielfalt bei den Trägern der freien Jugendhilfe und in den offenen Häusern der Jugend im Kreis Pinneberg.

Die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, intergeschlechtlichen, queeren und asexuellen Personen (LSBTIQA*) sind für DIE LINKE nicht verhandelbar. Wir wollen, dass LSBTIQA* als selbstverständlicher Teil der gesellschaftlichen Realität gesehen und anerkannt

werden. Deshalb wollen wir Sichtbarkeit und Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Daher ist die Schaffung von Räumen und Beratungsstellen für die Geschlechtervielfalt bei den Trägern der freien Jugendhilfe und in den offenen Häusern der Jugend im Kreis Pinneberg eine Forderung, die wir gerne unterstützen.

Für Rückfragen erreicht ihr uns am einfachsten via E-Mail: rene.koenig@linke-pinneberg.de

Mit freundlichen Grüßen

Karin Kunkel

René König

Jugendpolitische Sprecherin

Sozialpolitischer Sprecher